

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 23. Mai 2017, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der Lindener Ratsstuben

Stadtverordnetenvorsteher:	Burckart, Ralf	
Stadtverordnete:	Arnold, Jürgen	
	Bausch, Hans	
	Bork, Anneliese	
	Braun, Dennis	(entschuldigt)
	Geiselbrechtinger, Renate	
	Dr. Goll, Michaela	
	Hansmann, Dirk	
	Heine, Volker	
	Hille, Frank	
	Hoth, Wolfgang	
	Koch, Gisela	
	Kühne, Antonia	(entschuldigt)
	Lang, Gudrun	
	Lenz, Karin	
	Dr. Lenz, Ulrich	
	Leun, Manfred	
	Lodde, Franziska	
	Lodde, Hendrik	
	Löser, Friedel	
	Markgraf, Antje	
	Markgraf, Uwe	
	Nöh, Burkhard	
	Reinwald, Peter	
	Rippl, Frank	
	Schaffer, Franziska	
	Schaffer, Joachim	
	Schimmel, Dirk	
	Dr. Schütz, Christof	
	Seim, Dirk	(entschuldigt)
	Steinberg, Tim-Ole	
	Utschig, Thomas	
	Wedemann, Fabian	
	Weigel, Lothar	
	Weitze, Alisha	
	Wolter, Michael	
	Dr. Worm, Heinz-Lothar	
Magistrat:	Bürgermeister König, Jörg	
	Erster Stadtrat Arnold, Norbert	
	Stadtrat Altenheimer, Thomas	
	Stadträtin Braun, Petra	
	Stadtrat Deeg, Sven	
	Stadtrat Gath, Wolfgang	
	Stadtrat Krapf, Reinhold	
	Stadtrat Kreuzinger-Ibe, Robert	(entschuldigt)
	Stadtrat Trinklein, Gerhard	

Ausländerbeiratsvorsitzender:	Abrahamian, Abraham
Frauenbeauftragte:	--
Jugendvertretung:	--
Verwaltung:	Retzer, Patrick
Presse:	Sekatsch, Harold (Gießener Allgemeine) Wißner, Thomas (Gießener Anzeiger)
Zuhörer:	11
Protokollantin:	Wolf, Renate

Tagesordnung

1. Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
3. Berichterstattung durch den Magistrat

Beschlüsse:

4. Neubesetzung des Ortsgerichts I – Vorschlag der Stadt Linden gemäß § 7 Abs. 1 Ortsgerichtsgesetz (OGG)
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 031/16/21 -
5. Finanzielle Beteiligung der Stadt Linden an dem Neubau einer Zweifeld-Sporthalle an der Anne-Frank-Schule in Linden
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 032/16/21 -
6. Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Großen-Linden, Bebauungsplan Nr. 27 „Baugebiet Großen-Linden Nord, 7. Bauabschnitt, 2. Änderung“
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 033/16/21 -
7. Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Großen-Linden, Bebauungsplan Nr. 52 „Am Wetzlarer Weg/Brückenhohl, 1. Änderung und Erweiterung sowie Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich“
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 034/16/21 -
8. Beteiligung der Stadt Linden an der Gründung einer Gesellschaft für den sozialen Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH (SWS GmbH)
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 035/16/21 -
9. Finanzielle Beteiligung am Ausbau des Bahnviaduktes durch die Deutsche Bahn AG (DB AG), Bahn-KM 139,333, sowie Erneuerung der unten liegenden Verkehrsflächen in Großen-Linden
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 037/16/21 -

10. Neubau einer Kindertagesstätte
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 038/16/21 -
11. Einführung einer „Bürger-Frageviertelstunde“
- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 002/16/21 und diesen ergänzenden Änderungsantrag vom 08.11.2016 und gemeinsamer Fraktionsänderungsantrag der Fraktion CDU und SPD vom 11.11.2016 -
12. Hinzuziehung und Beauftragung externer Fachkräfte beim geplanten Kindergartenneubau Regenbogenland
- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 031/16/21 - und Fraktion-Änderungsantrag der SPD hierzu vom 27.11.2016 –
13. Organisationsgutachten Verwaltung
- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 035/16/21 -
14. Bürgerentscheid zur Einführung von wiederkehrender Straßenbeiträgen
- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 037/16/21 -
15. Einrichtung von E-Tankstellen in Linden
- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 038/16/21 -
16. Sukzessive Erstellung und Fortschreibung eines Landschaftspflegekonzeptes
- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 039/16/21 -
17. Pflege der stadteigenen Feldholzinseln
- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 040/16/21 -

Kenntnisnahmen:

18. Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge
 - a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
 - a1) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich der durch die Stadt Linden vergebenen Beratungs- und Dienstleistungstätigkeiten sowie Planungsaufgaben innerhalb der letzten drei Jahre
 - a2) Anfrage des Stadtverordneten der FW-Fraktion Manfred Leun bezüglich der Ausfertigung und öffentlichen Bekanntmachung, Aushang, Auslegung von Satzungen; Aufstellung, Offenlegung von Bauleit-/ Bebauungs- und Flächennutzungsplänen der Stadt Linden
19. Verschiedenes

Zu TOP 1

Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Burckart begrüßt alle Anwesenden; er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

In gewohnter Tradition teilt Stadtverordnetenvorsteher Burckart die Geburtstage der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder mit, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Zur Tagesordnung ergeben sich folgende Änderungen:

Bgm. König teilt mit, dass der TOP 10 von der Tagesordnung genommen werden soll. Dies wurde auch in den Ausschüssen schon so gehandhabt. Hierzu erfolgt demnächst eine gemeinsame Ausschusssitzung.

Des Weiteren legt Bgm. König eine Bürgermeistervorlage als Dringlichkeitsantrag vor. Diese bezieht sich als Nachtragshaushaltssatzung und –plan der Stadt Linden für das Jahr 2017 auf die Einstellung einer VE in Höhe von 2,02 MIO EURO für das Bahnviadukt.

Stadtverordneter Bausch erklärt hierzu, dass seine Fraktion dem zustimmen werde, unter dem Gesichtspunkt, dadurch eine weitere zusätzliche Stadtverordnetensitzung und somit auch Sitzungsgelder einzusparen.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion, um eine formale Hürde zuzunehmen, obwohl sie mit der Baumaßnahme selber nicht einverstanden sind.

Die Abstimmung darüber, ob dies als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung genommen werden soll, ergibt einstimmige Annahme.

Somit ändern sich die Tagesordnungspunkte entsprechend der genehmigten Änderungen.

Zu TOP 2

Fragestunde gemäß § 16a der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

„Ökologisches Linden“ Bündnis 90/Die Grünen – Dr. Schütz

Bgm. König führt hierzu aus, dass die PV-Anlage noch nicht installiert wurde. Es wurden entsprechende Angebote eingeholt und die Statik musste geprüft werden. Jetzt muss noch eine Prüfung zur Verträglichkeit der Anlage mit Dachbegrünung und Holzständerbauweise durchgeführt werden.

Zu TOP 3

Berichterstattung durch den Magistrat

Freies WLAN-Netz

Heute hat der Aufbau des freien WLAN Netzes im Schwimmbad begonnen; es folgt das Rathaus, der Funpark, die Volkshalle und die Stadthalle.

Ratsinformationssystem

Hierzu wurden drei Systeme vorgestellt; zwei davon sind in die engere Auswahl gekommen. Inzwischen wurden dazu die Preise verglichen und in einer der nächsten Magistratssitzungen wird dann entschieden, welches System zur Anschaffung der STVV vorgeschlagen werden soll.

Baugebiet Nördlich Breiter Weg

Hier wurden inzwischen 39 Grundstücke vergeben; Rückläufe aus der 4. Vergaberunde gehen auch schon wieder ein.

Linden 2036

Hierzu hat ein Fachmann in einer Magistratssitzung referiert. Inzwischen wurde sich auf eine Variante der Ausschreibung geeinigt; diese wird in den nächsten Tagen „auf den Weg gebracht“.

Willkommenspaket für Lindener Neubürger

Der Magistrat hat sich darauf verständigt, eine Tasche anzuschaffen, um darin die entsprechende Unterlagen bei der Anmeldung übergeben zu können.

HH-Vollzugsbericht

Der Bericht wurde vorgelegt; für 2017 ist eine positive Entwicklung zu erkennen. Gesicherte Zahlen werden aber erst im Juli vorliegen.

Zum Bericht des Magistrats ergeben sich keine Wortmeldungen.

Beschlüsse:

Zu TOP 4

Bürgermeistervorlage vom 23.05.2017: Nachtragshaushaltssatzung und –plan der Stadt Linden für das Jahr 2017

Bgm. König erläutert kurz die Vorlage.

Die Eisenbahnkreuzungsvereinbarung muss alsbald unterzeichnet werden. Es wurde bei der Kommunalaufsicht nachgefragt, inwieweit dies bei der derzeitigen HH-Lage möglich ist; im HH waren lediglich Planungskosten enthalten. Frau Wortmann (Kommunalaufsicht) hat zu diesem Nachtrag geraten, da sich die Eisenbahnkreuzungsvereinbarung auf die Gesamtkosten bezieht und sich die Stadt bei Unterzeichnung verpflichtet, dies auch umzusetzen.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart bittet den Ältestenrat und die Vorsitzende des HFA, nach der Sitzung die notwendigen Termine zu vereinbaren.

Zu TOP 5

Neubesetzung des Ortsgerichts I – Vorschlag der Stadt Linden gemäß § 7 Abs. 1 Ortsgerichtsgesetz (OGG)

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 031/16/21 -

Da die Amtszeit des Ortsgerichtsschöffen Dieter Haggenmüller mit dem 01.06.2017 abläuft, ist hier eine Neuwahl vorzunehmen. Außer Herrn Haggenmüller hat sich auf einen entsprechenden Aufruf des Magistrats kein weiterer Interessent beworben, so dass Herr Haggenmüller vorgeschlagen wird.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 031/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 6

Finanzielle Beteiligung der Stadt Linden an dem Neubau einer Zweifeld-Sporthalle an der Anne-Frank-Schule in Linden

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 032a/16/21 -

Bgm. König erläutert hierzu kurz den Werdegang und verweist ansonsten auf die regen Diskussionen in den Ausschüssen (es wurden neue Verhandlungen mit dem Landkreis geführt). Die Vorlage wurde nach Beratung im BPU entsprechend angepasst (Drucksache Nr. **032a/16/21**).

Nachdem jetzt der Dringlichkeitsantrag angenommen wurde, ist die Vorlage ebenfalls entsprechend anzupassen.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat bei 1 Enthaltung und 8 Ja-Stimmen für die ursprüngliche Vorlage (Nr. 032/16/21) Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat keine Beschlussempfehlung ausgesprochen, da die Vorlage geändert werden sollte, um sie abschließend im HFA zu beraten.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat bei 1 Enthaltung für die ursprüngliche Vorlage (Nr. 032/16/21) Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Leun erklärt, dass das Bauvorhaben über die Schulumlage, die dem Gesetz nach alle schulischen Angelegenheiten finanzieren muss, bezahlt werden muss.

Er stellt die Frage, aufgrund welcher Gesetzeslage nun der Kreis glaubt, den Betrag von 700 T EURO von der Stadt fordern zu können? In diesem Zusammenhang zitiert er von der Homepage des Landkreises.

Er weist auch darauf hin, dass der Bürgermeister und auch der Magistrat einer besonderen Vermögensbetreuungspflicht gegenüber der Stadt Linden unterliegen bzw. haben. Ebenso wie die Verpflichtung zur Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit mit Haushaltsmitteln. Hier verbergen sich seiner Meinung nach auch nicht unerhebliche strafrechtliche Risiken im Hinblick auf den Tatbestand der Untreue.

Aus diesen Gründen lehne er (seit 2012 übrigens) diese Zahlung ab.

Laut Hessischem Minister des Inneren und für Sport auf eine „Kleine Anfrage“ der FDP am 13.09.2016 im Hessischen Landtag, gilt die kostendeckende Schulumlageverpflichtung.

Stadtverordneter Dr. Schütz erklärt er, dass er durchaus die Einwände des Herrn Leun teilweise nachvollziehen kann, aber nun müsse man eine politische Entscheidung treffen.

Fakt ist, dass die Halle für die Vereine benötigt wird, sie wird mit oder ohne Zustimmung der Stadt gebaut, dann besteht aber die Gefahr, dass sie den Lindener Vereinen nicht mehr zur Verfügung gestellt wird, oder diese hohe Nutzungsgebühren zahlen müssen.

Jetzt geht es darum, nicht noch mehr Zeit zu verlieren, deshalb werde man zustimmen.

Stadtverordneter Reinwald schließt sich den Worten seines Vorredners an; diese politische Entscheidung muss nun getroffen werden.

Gleiches gilt laut Stadtverordnete Lang für ihre Fraktion. Zum Wohle der Kinder und der Vereine muss diese Entscheidung getroffen werden.

Stadtverordneter Hoth erklärt, dass über dieses Thema schon seit über 10 Jahren diskutiert werde. Jetzt sei es Zeit, hierfür den Magistrat zu unterstützen.

Stadtverordnete Schaffer sieht diese Thematik aus Vereinssicht.

Sie stört an dieser Vereinbarung allerdings, dass diese auf 25 Jahre ausgelegt werden soll. Die Schulen befinden sich insgesamt im Umbruch (zu Ganztagschulen hin). Ein Vereinsleben, wie in der Vergangenheit vollzogen, wird so nicht mehr praktikierbar sein. Schule und Vereine müssen enger zusammenarbeiten. Und damit sei man wieder bei der Schule und dafür ist der Kreis zuständig. Sie geht eigentlich davon aus, dass in Zukunft nur noch Aktive die Halle nutzen können/wollen.

Stadtverordneter Hoth erklärt, dass die Aufstellung des Belegungsplanes von Montag bis Freitag der Schule übertragen wurde. Die Vereine wurden entsprechend angeschrieben und eingetragen. Wenn diese nun untereinander Tauschen, dann ist dies kein Problem der Schule. Da die Schule selber den Belegungsplan aufstellt, sind auch keine Zeiten für Samstag und Sonntag eingetragen. Für diese Tage erfolgt die Vergabe direkt über den Kreis.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 032a/16/21 ergibt bei 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung eine mehrheitliche Annahme.

Zu TOP 7

Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Großen-Linden, Bebauungsplan Nr. 27 „Baugebiet Großen-Linden Nord, 7. Bauabschnitt, 2. Änderung“

hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 033/16/21 -

Hierbei geht es um die Erweiterung zur Standortsicherung der Fa. Alternate. Bgm. König erläutert kurz die Vorlage. Die Kosten der Bauleitplanung trägt die betreffende Firma Alternate.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 033/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 8

Bauleitplanung der Stadt Linden, Stadtteil Großen-Linden, Bebauungsplan Nr. 52 „Am Wetzlarer Weg/Brückenhohl, 1. Änderung und Erweiterung sowie Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Bereich“

hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 034/16/21 -

Laut Bgm. König hat sich die Aufbereitung des Mutterbodens so vergrößert, dass mehr Lagerflächen erforderlich sind und das ganz nicht mehr als landwirtschaftliche Tätigkeit zu werten ist. Aus diesem Grund soll der B-Plan im westlichen und südlichen Teil vergrößert werden; eine Änderung des F-Plans ist ebenfalls erforderlich. Die Kosten des Verfahrens trägt die entsprechende Firma.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 034/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Zu TOP 9

Beteiligung der Stadt Linden an der Gründung einer Gesellschaft für den sozialen Wohnungsbau und Strukturförderung im Landkreis Gießen GmbH (SWS GmbH)

- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 035/16/21 -

Bgm. König erklärt, dass sich der Kreis auf den Weg gemacht hat, etwas für den sozialen Wohnungsbau zu tun. Hier soll nicht selber gebaut werden, sondern es soll eine Förderung erfolgen. Der soziale Wohnungsbau wird in den nächsten Jahren alle sehr beschäftigen. Mit der Gründung dieser GmbH könne man das nötige Knowhow erwerben.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales, Sport und Kultur hat aufgrund fehlender Informationen keine Abstimmung vorgenommen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat einstimmige Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Wedemann nennt zwei wichtige Gründe, warum seine Fraktion zustimmen werde:

1. Dies sei eine sinnvolle Investition für „Linden 2036“.
2. Man könne für diesen kleinen Betrag ein Gutachten erhalten und daraus ersehen, wo die Stadt Linden bei diesem Thema steht.

Auch Stadtverordnete Lang ist der Auffassung, dass dies eine gute Geschichte für wenig Geld sei, um entsprechendes Knowhow zu erwerben. Auch ihre Fraktion werde zustimmen.

Stadtverordneter Dr. Lenz verlässt unter Hinweis auf § 25 HGO den Sitzungssaal.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 035/16/21 ergibt einstimmige Annahme.

Stadtverordneter Herr Dr. Lenz nimmt wieder an der Sitzung teil.

Zu TOP 10

Finanzielle Beteiligung am Ausbau des Bahnviaduktes durch die Deutsche Bahn AG (DB AG), Bahn-KM 139,333, sowie Erneuerung der unten liegenden Verkehrsflächen in Großen-Linden - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 037/16/21 -

Laut Bgm. König muss nun, nachdem der entsprechende Nachtrag auf den Weg gebracht wurde, auch die Vorlage etwas verändert werden.

Nach dem im Beschlussantrag enthaltenen Begriff „Bahnviaduktes“ geht es wie folgt weiter:

„vorbehaltlich einer Einstellung einer VE von 2,02 Millionen Euro in den Haushalt zu unterzeichnen“.

Der Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt hat bei 7 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zur ursprünglichen Vorlage Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Der Haupt- und Finanzausschuss hat bei 7 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen zur ursprünglichen Vorlage Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Stadtverordneter Schaffer erklärt, dass er zwar schon in den Ausschüssen hierzu seine Meinung dargelegt habe, aber es waren ja nicht alle Stadtverordneten anwesend, so dass er auch hier noch einige Ausführungen vornehmen möchte.

Er ist der Auffassung, dass kaum einer der anwesenden Parlamentarier diese Vereinbarung verstanden hat. Die Bahn suche hier nur jemanden, der sich an den Kosten beteiligt. Das Viadukt ist marode, muss erneuert werden, da ansonsten die Bahn den Schienenverkehr einstellen kann. Dafür müsste die Bahn in ein Planfeststellungsverfahren gehen; in der Vereinbarung ist allerdings enthalten, dass dies nicht erforderlich sei. Dies widerspreche aber dem Verwaltungsverfahrensgesetz. Das gesamte Zahlenwerk, vorgegeben von der Bahn, ist seitens der Stadt nicht geprüft worden. Hierin sind Kosten enthalten, die für die Bahn ohnehin anfallen würden (Kommunikationsleitungen, Sicherung der Anlagen während der Bauphasen usw.). Nur weil die Stadt Linden eine Aufweitung um 2,5 m wünsche, soll sie 52% der Gesamtkosten tragen. Wie kommt die Bahn auf diesen Schlüssel?

Und dann zu erklären, dass ein neues Viadukt für 650.000,00 € ein „kleines Schnäppchen“ sei, könne so nicht gelten lassen. Man könne auch das gleiche Viadukt „Neu“ für „Nichts“ bekommen.

Ihm ist es wichtig, festzuhalten, dass keiner weiß, wie dieser Kostenansatz zustande gekommen ist. Außerdem sei keine Kostendeckelung enthalten; was passiert, wenn es insgesamt wesentlich teurer wird?

Auch ist die Rede davon, private Grundstücke anzumieten. Sind hierzu schon Gespräche geführt worden. Dies muss nicht erfolgen, nur weil die Stadt die Aufweitung fordert; also eigentlich Kosten für die Bahn.

Er könne ruhigen Gewissens dieser Vorlage nicht zustimmen; man brauche jemanden, der sich das Zahlenwerk anschaut und den Kostenschlüssel prüft.

Beim Kindergartenneubau hat man erkannt, dass Fachleute von Nöten sind und hier wurde seitens der Stadt noch nicht einmal geprüft.

Man kann auch nicht wissen, wie sich der Verkehr entwickelt, wenn das Neubaugebiet bebaut ist; evtl. zieht man damit auch den Verkehrsfluss von Pohlheim hier durch.

Auch die Erklärung, dass diese Verbindung für das gesamte Neubaugebiet erforderlich ist. Bis jetzt sind keine weiteren Grundstücke im Anschluss in städtischer Hand.

Kein privater Bauherr würde aufgrund reiner Schätzzahlen einen derartigen Vertrag unterzeichnen.

Stadtverordneter Dr. Schütz gibt Stadtverordnetem Schaffer teilweise Recht. Der Vertrag sollte geprüft werden; ist aber wohl nicht erfolgt, da hierzu von Bgm. König keine Angaben gemacht wurden.

Es gibt aber eine „Unheilige Allianz“, die dieses Vorhaben durchsetzen will. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse werde seine Fraktion dagegen auch nicht ankommen. Und dies nach dem Motto: „jetzt bauen wir mal ein Loch und dann gucken wir mal, wie wir die Straße hinbekommen“. So könne es eigentlich nicht gehen, wird aber so sein und daher ohne Beteiligung seiner Fraktion. Es wird relativ viel Geld in die Hand genommen, ohne zu wissen, ob etwas davon zurückkommt. An anderer Stelle wird mit einem spitzen HH gerechnet und hier bekommt die Bahn eine „Blankounterschrift“; dies sei eine heikle Sache. Wenn dann die Bahn irgendwann mehr Geld benötigt, ist der nächste Nachtrag fällig. Wie solle man den Menschen in der Stadt verkaufen, dass ggf. über höhere Kindergartengebühren gesprochen werden müsse, um den HH ausgleichen zu können.

Laut Stadtverordnetem Hille entspricht das Viadukt nicht mehr den Anforderungen der heutigen Verkehrsverhältnisse und birgt zum Teil hohe Risiken (Rückstau, gefährlich für Radfahrer und Fußgänger). Es verwundere ihn doch sehr, dass sich die Fraktion B90/Die Grünen, die sich ansonsten so für die Radfahrer einsetzt, aber hier die Chance einer Verbesserung für Radfahrer und Fußgänger nicht nutzt.

Aufgabe der Politik sei es, zukunftsweisend zu denken. Wie wird sich die Stadt Linden entwickeln und wie wird sich die Verkehrssituation entwickeln? Sicher ist, dass durch das neue Baugebiet mehr Verkehr entsteht. Ohne Erweiterung werden die Straßen, die jetzt schon enorm mit Verkehr belastet sind (Alte Heerstraße/Moltkestraße/Leihgesterner Straße/Hauptstraße) noch mehr Verkehr dazubekommen.

Abschließend geht er auf die Kostenfrage ein. Hier müsse man ganz klar trennen, dass die Bahn baut und nicht die Stadt; dies ist überhaupt nicht mit dem Bau eines neuen Kindergartens zu vergleichen (Fachleute). Es gibt seitens der Bahn ein Regelwerk, wonach abzurechnen ist und daran muss sich jeder halten. Da können keine Veränderungen vorgenommen werden.

Seiner Fraktion sei es wert, das Geld in die Hand zu nehmen und die einmalige Chance einer Verbreiterung zu nutzen. Die Bahn wird in den nächsten 80-100 Jahren dort nicht mehr bauen. Und wenn man sich die Nachbarkommune Gießen anschaut, die müssen für ihren Dammdurchbruch 2 MIO Euro in die Hand nehmen.

Stadtverordneter Dr. Schütz entgegnet zu Herrn Hille, dass sie sehr wohl auf Fußgänger und Radfahrer („ihr Klientel“) schauen; diese können ein paar Meter weiter südlich gefahrenlos queren.

Man habe auch schon angeregt, mit einer Ampelschaltung entsprechende verkehrsrechtliche Anordnungen zu treffen, um diese Gefahren zu vermeiden.

Ein Blick in die Zukunft gestalte sich immer etwas schwierig, aber hier werde die Mehrheit entscheiden – schlauer werde man dadurch aber nicht.

Stadtverordnete Lang erinnert an das Wahlprogramm der SPD, wonach die alten Ortskerne verkehrstechnisch entlastet werden sollten. Die einzige Möglichkeit einer Entlastung biete sich jetzt mit dieser Aufweitung. 2,5 m für 600 T EURO seien zwar „kein echtes Schnäppchen“, aber immer noch besser als gar nichts.

Bgm. König geht noch kurz auf die Kosten ein. Hierzu erklärt er, dass sowohl für die Erneuerung des Viaduktes, als auch für die Straßenverkehrsfläche Zuschüsse gezahlt werden (60-80%). Dies sei ein in die Zukunft gedachtes Model, das aber langfristig zu einer Entlastung führen wird.

Stadtverordneter Löser ist der Meinung, dass man dann auch zukünftig so ehrlich sein soll, den Käufern der neuen Baugrundstücke mitzuteilen, dass sie Baugrund an einer verkehrsreichen Straße erwerben.

Stadtverordneter Bausch glaubt nicht, dass ein Zuschuss für beide Vorhaben gezahlt wird.

Dies wird jedoch von Bgm. König widerlegt. Es werden alle Baukosten in einen Topf geworfen und daraus der Zuschuss ermittelt; somit gibt es einen Zuschuss für beide Maßnahmen.

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 037/16/21 ergibt folgendes Ergebnis:

23 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung; somit ist die Vorlage mehrheitlich angenommen.
(Anmerkung: Frau Bork hat nicht mitabgestimmt).

Zu TOP 11

Einführung einer „Bürger-Frageviertelstunde“

- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 002/16/21 und diesen ergänzenden Änderungsantrag vom 08.11.2016 und gemeinsamer Fraktionsänderungsantrag der Fraktion CDU und SPD vom 11.11.2016 -

Stadtverordneter Reinwald erklärt hierzu, dass ein neuer Antrag vorgelegt wurde.

Hierüber sind die übrigen Stadtverordneten irritiert, da bis auf wenige Ausnahmen keiner diesen Antrag kennt.

Stadtverordneter Dr. Schütz kennt nur den Antrag vom 08.11.2017.

Sofern nicht alle diesen Antrag vorliegen haben, könne man darüber auch nicht abstimmen.

Dem widerspricht Stadtverordnetenvorsteher Burckart dahingehend, dass man eine Einladung mit einer Tagesordnung und einen Antrag vorliegen habe; über diesen Antrag könne man abstimmen.

Stadtverordneter Reinwald erläutert noch einmal die Änderungen, die sich aufgrund einer Anfrage bei der Kommunalaufsicht ergeben hätten.

Stadtverordneter Hille erklärt, dass man sich schon sehr lange mit diesem Thema auseinandergesetzt habe. Es wurden auch kompromissfähige Lösungen vorgeschlagen, die allerdings von der antragstellenden Fraktion abgelehnt wurden.

Ihnen sei es wichtig, dass die Bürger Fragen stellen und dann auch direkt darauf eine Antwort erhalten. Dies setzt voraus, dass die Fragen im Vorfeld bekannt sind. Letztendlich beschreibt der vorliegende Antrag die Bürgerversammlung. Da die FDP nunmehr etwas beantragt, was es schon gibt, zieht seine Fraktion den gemeinsamen Änderungsantrag zurück.

Die SPD schließt sich dem an.

Letztendlich wird über den „geänderten“ Antrag abgestimmt.

Bei 6 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Zu TOP 12

Bürgerentscheid zur Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen

- Antrag SPD - Fraktionsantrag Nr. 037/16/21 -

Stadtverordnete Lang bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart teilt mit, dass sich im Ältestenrat darauf verständigt wurde, dass dieser Antrag direkt in den HFA verwiesen wird.

Stadtverordneter Hille stimmt der Verweisung in den HFA zu; hier gehe es um die Frage eines Bürgerentscheides. Er richtet an die SPD-Fraktion den Apell, dass die Entscheidung über die Form der Straßenbeiträge in die Stadtverordnetenversammlung gehört; da dieses Thema sehr komplex ist. Außerdem gibt er zu bedenken, wer hiervon betroffen ist. Dies sind nicht alle Lindener Bürger, sondern ausschließlich die Grundstückseigentümer. Die wiederkehrenden Straßenbeiträge kann man nicht auf die Miete umlegen.

Daher lehnt die CDU das Ansinnen ab, alle Bürger darüber abstimmen zu lassen. Die Stadtverordneten haben das Mandat der Bürger und sollen daher entscheiden. Er gibt zu denken,

dass die SPD-Fraktion selber noch keine Stellung bezogen hat. In der Zeitung wird dies so formuliert: „Dies ist ein Akt der Feigheit“.

Hierzu entgegnet Stadtverordnete Lang, dass die Zeitung nicht die Politik der Stadt mache. Da man sich hierüber auch im Parlament nicht einig sei, soll der Bürgerentscheid durchgeführt werden. Die CDU habe damals ebenfalls einen derartigen Antrag eingebracht und hatten sich dazu auch nicht genau positioniert.

Stadtverordnetenvorsteher Burckart bittet um Verschiebung auf die übernächste Stadtverordnetensitzung; der HFA und Ältestenrat sollten einen Termin festlegen.

Hierzu ergeben sich keine Bedenken.

Zu TOP 13

Einrichtung von E-Tankstellen in Linden

- Antrag CDU - Fraktionsantrag Nr. 038/16/21 -

Stadtverordnete Lenz bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Redaktionelle Anmerkung: der Begriff „E-Tankstelle“ soll durch „Ladestation“ ersetzt werden.

Der Antrag wird an den Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt verwiesen.

Zu TOP 14

Sukzessive Erstellung und Fortschreibung eines Landschaftspflegekonzeptes

- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 039/16/21 -

Stadtverordneter Reinwald bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Der Antrag wird an den Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt verwiesen.

Zu TOP 15

Pflege der stadteigenen Feldholzinseln

- Antrag FDP - Fraktionsantrag Nr. 040/16/21 -

Stadtverordneter Reinwald bringt den Antrag ein und erläutert ihn kurz.

Der Antrag wird an den Ausschuss für Bau, Planung und Umwelt verwiesen.

Kenntnisnahmen:

Zu TOP 16

Mitteilungen und Ergebnisse zu vorliegenden Anfragen / Prüfanträge

a) Anfragen nach § 16 b der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden

- a1) Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich der durch die Stadt Linden vergebenen Beratungs- und Dienstleistungstätigkeiten sowie Planungsaufgaben innerhalb der letzten drei Jahre**

Die Antworten zu a1) wurden in Schriftform verteilt.

Die Beantwortung von a2) wurde mit Absprache von Herrn Leun zurückgestellt.

Zu TOP 17

Verschiedenes

Klimaanlage Sitzungssaal

Stadtverordneter Dr. Schütz fragt nach dem Sachstand; über eine entsprechende Anschaffung wurde vor längerer Zeit gesprochen.

Bgm. König teilt mit, dass es hierzu nichts Neues gebe (im Ältestenrat besprochen). Heute war die vor Jahren angeschaffte Anlage aufgestellt. Diese könne man theoretisch für die Sitzungen nutzen; der Eigentümer benötige keine Klimaanlage.

Oberflächenentsiegelung Breiter Weg

Stadtverordneter Heine fragt nach dem dafür zu erstellenden Gutachten, ob es gemacht wurde und wenn ja, ob man es an die Bürger verteilen könnte.

Laut Bgm. König ist ein derartiges Gutachten immer erforderlich; dies könne auch in der Verwaltung eingesehen werden.

Lindener Bürgerstiftung

Stadtverordneter Bausch fragt nach der nächsten Sitzung der Lindener Bürgerstiftung. Der angedachte Termin sei längst verstrichen. Auch fehlt das Protokoll der letzten Sitzung.

Dies wird laut Bgm. König alsbald geschehen.

Blitzer-Anlagen

Stadtverordnete Lang erinnert daran, dass am Oberhof, vor „den Mäuschen“ und an einer anderen Stelle Blitzer aufgestellt werden sollte. Sie fragt nach dem Sachstand.

Laut Bgm. König hat sich die Rechtsprechung auf diesem Gebiet etwas geändert; es wird eine starke Trennung zwischen öffentlich und privat vorgenommen. Diese Blitzer müssen von der Stadt aufgestellt werden und nicht von einer Firma.

Auch müsse noch mit der Polizei gesprochen werden.

Jugendpflegerin

Frau Lang hat vernommen, dass die Jugendpflegerin Conrad die Stadt Linden verlassen habe. Sie möchte wissen, wie es mit einer Nachfolgerin/einem Nachfolger aussieht.

Dies habe Bgm. König bereits im Ausschuss beantwortet. Ab Anfang Juni wird eine neue Jugendpflegerin ihren Dienst aufnehmen. Auf diesem Sektor schaue man zuversichtlich in die Zukunft, die Jugendvertretung sei sehr gut aufgestellt und der Vorsitzende sehr engagiert.

Betreute Woche Sommerferien

Stadtverordnete Lang möchte wissen, ob die betreute Woche in den Sommerferien dann doch stattfinden könne.

Laut Bgm. König ginge dies nicht mehr, da dies gemeinsam mit Pohlheim ausgerichtet wurde und Pohlheim habe einen Termin zur Entscheidung vorgegeben, an dem noch nicht bekannt war, dass wann eine neue Jugendpflegerin da sei.

Wettbürosteuer

Stadtrat Leun möchte wissen, ob es zur Wettbürosteuer etwas Neues zu sagen gebe.

Laut Bgm. König sei man am Ausarbeiten einer entsprechenden Satzung.

Stadtrat Leun gibt den Hinweis, damit aber bis zum 02.07. zu warten, da dann darüber entschieden werde.

Stadtverordnete Leun weist darauf hin, dass die Satzung schon auf der Homepage der Stadt stehe.

Ende der Sitzung: 21.55 Uhr

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'R. Burckart', on a light blue background.

Ralf Burckart, Stadtverordnetenvorsteher

Renate Wolf, Protokollantin